

Der Unterschicht begegnen

Gustav Horn

Deutschland hat eine Unterschicht. Weder das Phänomen noch die Erkenntnis sind neu. Seit Jahren sind oder haben sich Menschen von der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung abgekoppelt – und dies nicht nur vorübergehend. Analysen zeigen, dass die soziale Mobilität in Deutschland abgenommen hat. Das bedeutet: Die Chancen, die missliche gesellschaftliche Position durch sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg zu verlassen, sind gesunken. Die Hoffnungen auf Besserung der eigenen wirtschaftlichen Lage sind bestenfalls vage. Dass sich dann, wie in der jüngst veröffentlichten Studie der Friedrich Ebert Stiftung gezeigt wird, Perspektivlosigkeit und politische Resignation vor allem im Osten Deutschlands ausbreiten, ist bedrückend, aber nachvollziehbar.

Was aber sind die Ursachen dieser erschreckenden Tendenz gesellschaftlicher Abkopplung, und was kann zu deren Überwindung getan werden? Im Einzelfall und auch insgesamt spielt sicherlich immer ein Bündel von Ursachen eine Rolle. Doch im Kern ist die lang anhaltende hohe Arbeitslosigkeit die Wurzel für die Entstehung einer Unterschicht. Diese beraubt Menschen nicht nur eines erheblichen Teils ihres Einkommens, sondern auch ihrer gesellschaftlichen Anerkennung. Dieser Prozess verschärft sich mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit. Zugleich sinken die Chancen auf eine neue Stelle, weil Arbeitslosigkeit, und vor allem längere Arbeitslosigkeit, stigmatisiert. Im Konkurrenzkampf um Jobs werden Langzeitarbeitslose also nach hinten durchgereicht. Es ist diese Erfahrung vielfachen Scheiterns im Konkurrenzkampf, die die Menschen mutlos werden und bei ihnen zum Teil fundamentale Zweifel an Politik und Gesellschaft entstehen lässt, die teilweise in sozialer und kultureller Verwahrlosung münden.

Verschärft werden diese bereits seit längerem wirkenden Tendenzen durch einen Paradigmenwechsel der Politik. Wurde früher Arbeitslosigkeit als gesamtwirtschaftliches Schicksal verstanden, dessen Bekämpfung primär Sache der wirtschaftspolitischen Instanzen des Staates ist, wird sie heute häufig als individuelles Versagen gesehen, für das der Einzelne selbst verantwortlich ist. Weite Teile der Arbeitsmarktreformen basieren auf dieser Philosophie. Wenn auch die individuelle Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, vom individuellen Verhalten beeinflusst wird, so ist die Arbeitslosigkeit insgesamt doch ein gesamtwirtschaftliches Phänomen, bei dem die Wirtschaftspolitik gefordert ist. Bürdet man aber zumindest in der politischen Rhetorik die Kernverantwortung für Arbeitslosigkeit den einzelnen Arbeitslosen auf, tragen sie eine Last, an der sie sich zwangsläufig verheben. Genau dies verschärft die Wahrnehmung des eigenen Scheiterns und der Vergeblichkeit jedweder Bemühungen.

Diese Überlegungen zeigen, dass das Unterschichtproblem vor allem durch eine Wirtschaftspolitik bekämpft werden muss, die die Arbeitslosigkeit bezwingt. Deshalb wäre es ja schon auf kurze Sicht

so wichtig, dass der gerade beginnende Aufschwung anhält. Zwar profitieren hiervon zunächst nur die Kurzarbeitslosen. Aber allein schon wenn diese in geringerem Ausmaß gegen Langzeitarbeitslose auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren, verbessern sich auch deren Chancen auf eine Beschäftigung. Und je länger der Aufschwung anhält, desto stärker wird dies der Fall sein. Im Zuge eines langen Aufschwungs, in dem dann auch die verstärkten individuellen Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung wirksam werden, dürfte sich dann auch das Unterschichtproblem vermindern.

Das wird allerdings nicht ausreichen. Um die Entstehung und Verfestigung einer Unterschicht grundsätzlich zu verhindern oder zumindest zu bekämpfen, sind weitreichende strukturelle Veränderungen im Bildungs- und Erziehungsbereich vor allem für die Jüngsten erforderlich. Sie müssen im Kindergarten anfangen, dessen Attraktivität nicht nur finanziell durch weitgehende Gebührenfreiheit, sondern vor allem durch ein angemessenes Bildungsangebot gesteigert werden muss. Die konsequente Fortsetzung wäre eine Umgestaltung des Schulsystems, das eine gemeinsame Schule für alle, bei allerdings nach Begabung differenziertem Unterricht, bis zur 10. Klasse aufweisen sollte. Auf diese Schule könnten bei geringerer sozialer Diskriminierung als heute eine gymnasiale Oberstufe und ein akademisches Studium besser aufbauen. Daneben sollte zu jedem Zeitpunkt im Leben der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten offen sein, um zuvor Versäumtes jederzeit nachholen zu können oder um sich neue Perspektiven zu schaffen.

Ohne Zweifel erfordern solche Reformen einen höheren finanziellen Aufwand. Dieser ist jedoch eine lohnende Investition in die Zukunft. Gelingt es dadurch, die Unterschicht zu reduzieren, wird nicht nur die gesamtwirtschaftliche Produktivität erhöht, sondern auch die künftigen Sozialausgaben werden vermindert. Dies alles ist wichtiger für die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft als jede Unternehmenssteuerreform oder die weitere Absenkung der Lohnnebenkosten – Maßnahmen, die bestenfalls marginale Erfolge versprechen. Weniger Unterschicht ist ein lohnenderes Ziel.

Gustav A. Horn, PD Dr., ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung.
e-mail: gustav-horn@boeckler.de